

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Wolfgang Roth, Hans Berger, Hans Gottfried Bernrath, Lieselott Blunck, Hans Martin Bury, Anke Fuchs (Köln), Dr. Fritz Gautier, Volker Jung (Düsseldorf), Dr. Elke Leonhard-Schmid, Herbert Meißner, Albert Pfuhl, Peter W. Reuschenbach, Otto Schily, Dr. R. Werner Schuster, Ernst Schwanhold, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/737 —

Verstärkte Berücksichtigung öffentlicher Aufträge

A. Problem

Förderung der Wirtschaft in den neuen Ländern

B. Lösung

Ablehnung des Antrags

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Annahme des Antrags

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/737 — abzulehnen.

Bonn, den 24. Juni 1992

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost

Vorsitzender

Ulrich Petzold

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Ulrich Petzold

I.

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Wolfgang Roth und anderer Abgeordneter der Fraktion der SPD zur verstärkten Berücksichtigung öffentlicher Aufträge vom 12. Juni 1991 wurde in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Februar 1992 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Post und Telekommunikation, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und den Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Der Ausschuß für Post und Telekommunikation hat in seiner 19. Sitzung am 29. April 1992 den Antrag beraten und zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat sich in seiner 31. Sitzung am 29. April 1992 mit dem Antrag befaßt und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 18. März 1992 den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt.

III.

Durch die Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Juli 1990 wurde die Währung in der ehemaligen DDR aufgewertet. Die Wirtschaft der ehemaligen DDR hat dadurch große Teile ihrer damaligen Märkte

verloren. Daneben ist die Nachfrage der Länder und Kommunen zurückgegangen. Private und öffentliche Nachfrage richten sich verstärkt auf Güter und Dienstleistungen aus den alten Bundesländern und dem Ausland.

Deshalb sieht der Antrag über die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen hinaus folgende Punkte vor: eine Erhöhung der Mehrpreispräferenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für Anbieter aus den neuen Ländern von 6 auf 20 Prozent, unabhängig von der Größe des Unternehmens. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen, soweit möglich, mindestens 70 Prozent des Auftragswertes aus Lieferungen und Leistungen stammen, die in ostdeutschen Betrieben erstellt werden.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner 33. Sitzung vom 24. Juni 1992 den Antrag beraten.

Die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. vertraten die Meinung, daß eine stärkere Präferenzierung entweder zu geringeren Investitionen oder zur Erhöhung der Haushaltsdefizite führen müsse. Außerdem sei die Präferenzregelung bereits bis Ende des Jahres 1993 verlängert worden.

Die Fraktion der SPD betonte hingegen, daß es zur Stützung der Wirtschaft in den neuen Ländern notwendig sei, durch die verstärkte Berücksichtigung von ostdeutschen Betrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Nachfrageseite zu stärken.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der parlamentarischen Gruppen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags — Drucksache 12/737 — zu empfehlen.

Bonn, den 24. Juni 1992

Ulrich Petzold

Berichterstatler

